

Riesfaer Tageblatt



Verlagsort:
Tageblatt Riesa,
Gartenstr. 20,
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1892,
Gartenstr.
Riesa Nr. 22.

Nr. 247.

Donnerstag, 22. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe irgendwelcher Erzeugnisse des Betriebes der Druckerei, der Riesfaeranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dinger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Einsetzung des Wirtschaftsbeirats.

Eröffnungssitzung am nächsten Donnerstag unter Vorsitz des Reichspräsidenten.

Russische Finanzprobleme.

Es ist etwas Merkwürdiges um die wirtschaftspolitische Urteilsbildung. In den letzten Wochen und Monaten sind in der deutschen Presse eine ganze Anzahl von Artikeln erschienen, die sich mit den Finanzierungsproblemen Russlands für seinen Import, mit den Gerüchten über drohende russische Zahlungsunfähigkeit, mit der Einstellung der Kreditgewährung an Russland seitens der USA, mit der Frage der durch den Pfundsturz verursachten Schwierigkeiten etc. beschäftigen. Obwohl in den meisten dieser Betrachtungen ein sehr reichhaltiges und — um es gleich zu sagen — bedenkliches Material vorgebracht wurde, zeigte sich nirgends sonderliche Beunruhigung. Jetzt auf einmal, wo ein Blatt, das als das Organ des Kanzlers gilt, die „Germania“ einen nicht im geringsten offiziellen Artikel über die Frage der russischen Zahlungen und ihrer möglichen Einstellung bringt, wird das Problem plötzlich zur Sensation.

Eine derartige Kampfbekämpfung im Hinblick der Sensation ist der näheren sachlichen Behandlung eines wirtschaftlichen Problems immer abträglich, darum ist es notwendig, noch einmal die Tatsachen zusammenzufassen und die richtigen, von keiner Voreingenommenheit beeinflussten Schlüsse daraus zu ziehen. Man weiß, daß die Devisenbeschaffung, d. h. also die Beschaffung von ausländischen goldwertigen Zahlungsmitteln für den russischen Importbedarf eines der wichtigsten Probleme bei der Ausführung des berühmten Fünfjahresplanes war. Die russischen Planwirtschaftler haben sich für die Deckung des Einfuhrbedarfs bei der Durchführung des Fünfjahresplanes voraussichtlich erforderlichen Bedarf an Devisen genau ausgerechnet und ihren Exportplan danach, vermutlich noch mit einer erheblichen Sicherheitsreserve, aufgestellt. Der katastrophale Sturz der Weltmarktpreise in den vergangenen drei Jahren hat all diese Rechnungen umgeworfen. Man ließ sich in Russland nicht entmutigen, sondern griff zu dem im vergangenen Jahr so viel diskutierten „Zwangsarbeitsystem“ nebst dem dazugehörigen Dumping. Man konnte gleichwohl trotz äußerster Anstrengung und Steigerung des Exports um mehr als 10 Prozent im ersten Halbjahr 1931 (gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres) aus dieser vergrößerten Exportmenge nur einen um mehr als ein Fünftel kleineren Erlös (gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres) erzielen. Augleich beantragte die Innehaltung des Fünfjahresplanes eine außerordentliche Steigerung der Einfuhr, so daß das Passivsaldo der russischen Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1931 bereits die Höhe von 152 Millionen Rubel erreichte, nachdem schon die letzte Handelsbilanz leicht passiv und die vorletzte nur recht schwach aktiv gewesen war.

Russlands Verhängnis ist im Augenblick der Zwang, seine Importtätigkeit in uneränderter, ja möglicherweise noch gesteigertem Maße fortzusetzen. Es besteht ein Warenmangel, der wächst in demselben Maßstab, in dem der Fünfjahresplan sich seiner Durchführung nähert. Eine Aufgabe der Durchführung des Fünfjahresplans wäre eine Bankrott-erklärung des Systems. Für die Stillung dieses Warenmangels, eines Hungers nicht nach Verbrauchsgütern, sondern nach Produktionsgütern, aber die ausreichenden Geldmittel zu beschaffen, fällt Russland — daran kann kein Zweifel bestehen — immer schwerer. Kein Wunder, daß in einer Zeit der Finanzkrisen in aller Welt die naheliegenden Bedenken aufzuheben und ausgesprochen werden. Es ist auch notwendig, sie auszusprechen, denn die Möglichkeit der Kreditgewährung hängt nicht allein davon ab, inwieweit ein Land — in diesem Falle Russland — kreditwürdig ist, sondern auch davon, inwieweit ein Land in der Lage ist, Kredite zu geben resp. für gegebene Kredite, wie die deutsche Regierung, Ausfallbürgschaften zu übernehmen. Hier spricht der eherne wirtschaftliche Zwang lauter, als politische oder taktische Rücksichten. Wenn die USA schon seit Beginn dieses Jahres sehr zurückhaltend in der Gewährung von Krediten an Russland geworden sind, so wird man es in Russland auch Deutschland angesichts seiner bedrängten finanziellen Lage nicht verdenken können, wenn es sich auf die Grenzen seiner Möglichkeiten zur Kreditvergabe beschränkt. Wenn aber die Sicherheit und Güte der russischen Handelswechsel in Zweifel gezogen wird, so sollte man in Russland sich dessen bewußt sein, daß man zu lange ein falsches Bild von den wirtschaftlichen Effekten des Fünfjahresplans gegeben hat. Andererseits sollte man mit der Diskussion der Güte russischer Wechsel nicht beginnen, bevor nicht konkrete Unterlagen für solche Erörterungen vorhanden sind. Solche Unterlagen aber fehlen erfreulicherweise bis zur Stunde und wenn auch die und da die Erfüllung von Wechselverpflichtungen seitens Russland nicht ganz reibungslos vor sich gegangen zu sein scheinen, so läßt doch die Tatsache, daß Russland seit Anfang dieses Jahres keine wesentlichen Goldverkäufe getätigt hat, darauf schließen, daß wirklich ernsthafte Schwierigkeiten in dieser Hinsicht nicht bestanden haben. Alle Kombinationen über angebliche Maßnahmen der Sowjetregierung jedoch sollten mit äußerster Vorsicht be-

Die Namen der Mitglieder des Wirtschaftsbeirates.

(Berlin. In dem bekannten Briefwechsel zwischen Reichspräsident und Reichskanzler vom 18. Oktober war die Schaffung eines Wirtschaftsbeirates vorgelesen worden, der in eingehender Beratung zu einer Lösung lebenswichtiger Fragen hinsichtlich der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik gelangen soll. Entsprechend den in dem Briefwechsel festgelegten Aufgaben dieses Wirtschaftsbeirates und der Art seiner Zusammensetzung hat der Herr Reichspräsident nunmehr auf Vorschlag der Reichsregierung folgende Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates ernannt:

- Geheimer Kommerzienrat Dr. ing. h. c. Ernst von Borzsig, Fabrikbesitzer in Berlin-Regel,
 - Dr. Brandes, Präsident des deutschen Landwirtschaftsbeirates, Königsberg,
 - Reichskanzler a. D. Geheimer Oberregierungsrat Dr. Guno, Vorsitzender des Vorstandes der Gapan, Hamburg, Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert, Berlin, Gewerkschaftsführer Peter Grahmann, Berlin, Maurer- und Zimmermeister Rob. Grob, Königsberg i. Pr.,
 - Raufmann Dr. jur., Dr. ing. h. c. Bernh. Grund, Präsident der Handelskammer Breslau,
 - Raufmann Dr. jur., Dr. phil. Albert Haeckelberger, Dellingen in Baden,
 - Papierfabrikant Georg Gaudl, Augsburg,
 - Wagenbaumeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf,
 - Gutsbesitzer Dr. Holmeier, Bienen, Kr. Tecklenburg, Wehlafen,
 - Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Joseph Kahn, Berlin,
 - Raufmann Louis Krüner, Berlin,
 - Rittergutsbesitzer v. Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg, Dammwalde,
 - Bernhard Ditt, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin,
 - Direktor Dr. rer. pol. h. c. Robert Fernenges, Köln,
 - Bäckermeister Ernst Pflingmacher, Magdeburg, Direktor der Commerz- und Privatbank, Friedrich Reinhardt, Charlottenburg,
 - Max Rölliger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin-Weißensee,
 - Dr. jur. Schmitt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein, A.-G., Berlin,
 - Geheimer Kommerzienrat Dr. jur. h. c. Hermann Schmitt, Vorstandsmitglied der F. G. Farbenindustrie, A.-G., Berlin,
 - Dr. jur., Dr. ing. ehrenhalber, Paul Silberberg, Industrieller, Köln,
 - Otto Sühr, Vorstandsmitglied des Allg. freien Angestelltenbundes, Berlin,
 - Generaldirektor Dr. ing., Dr. phil. h. c. Albert Bähler, Dortmund,
 - Fabrikdirektor Billy Witte, Dresden.
- Die sich aus der Zusammensetzung des Wirtschaftsbeirates ergibt, ist darauf Bedacht genommen, möglichst alle Kreise der deutschen Volkswirtschaft und alle Landesstellen zu berücksichtigen. Eine Erweiterung der Mitgliederzahl würde die Aktionsfähigkeit des Beirates gefährden. Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleingewerbe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind durch Persönlichkeiten vertreten, die Gewähr dafür bieten, daß neben den großen gemeinsamen Interessen der gesamten Volkswirtschaft auch die Interessen der einzelnen Berufsstände und Wirtschafts-

gebiete gleichwertig und mit gleichem Nachdruck vertreten werden.

Der Herr Reichspräsident hat gleichzeitig mit der Ernennung die Mitglieder zu der ersten gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsbeirates und der Reichsregierung, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Luther und Generaldirektor der Eisenbahn Dr. Dornmüller teilnehmen werden, auf Donnerstag, den 28. Oktober, vormittags 11 Uhr, in sein Haus eingeladen. Diese Eröffnungssitzung wird unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten stattfinden.

Die Bedeutung des Wirtschaftsbeirates

Berlin, 22. Oktober.

Dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung kommt nach Auffassung maßgebender Kreise ganz besondere Bedeutung zu. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Reichsregierung ihren Wunsch auf Vertagung des Reichstages gerade damit begründete, daß sie sich inzwischen unbehindert den großen Aufgaben widmen wolle, für die die Hilfe des Wirtschaftsbeirates in Anspruch genommen wird. Seine Bedeutung wird aber auch dadurch besonders unterstrichen, daß der Reichspräsident nicht nur die Ernennungen selbst vollzog, sondern auch die Einladung zu der ersten Sitzung selbst ergehen läßt, die unter seinem persönlichen Vorsitz stattfindet. In dem bekannten Briefwechsel mit dem Reichskanzler hat er sich auch bereit erklärt, weiteren Sitzungen zu präsidieren. In diesen Sitzungen wird natürlich auch das Reichskabinett selbst teilnehmen. Kabinettsberatungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten sind beinahe ausschließlich außerordentlich selten. Solche Beratungen, die etwa mit dem in Parallele zu stellen sind, was man früher als Kronrat bezeichnete, haben in den letzten Jahren nur einmal zu Beginn der Tätigkeit des ersten Kabinetts Brüning und davor im Zusammenhang mit der Konferenz von Locarno stattgefunden.

Über die Arbeitsweise des Wirtschaftsbeirates haben wir bereits ausführlich berichtet. Die Beratungen werden nun nach der amtlichen Mitteilung am nächsten Donnerstag beginnen. Inzwischen wird der Kanzler am Sonnabendvormittag wieder in Berlin eingetroffen sein. Dann folgen am Sonntag und Montag die beiden Tage des italienischen Besuches. Der Dienstag und der Mittwoch stehen für die Vorbereitung der Eröffnungssitzung mit dem Wirtschaftsbeirat zur Verfügung. Diese Vorbereitungen müßten sich natürlich auf das Programm erstrecken.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Kanzler mit einer sachlich gut fundierten Initiative in die Verhandlungen hineingehen und sie auch während der Dauer der Beratungen nicht aus der Hand geben will.

In politischen und wirtschaftlichen Kreisen erwartet man, daß der Wirtschaftsbeirat dem Reichskabinett für die Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme die Unterstützung bringt, die die Interessen des deutschen Volkes erfordern. Die Autorität des Reichspräsidenten steht hinter diesen Verhandlungen, und man muß in ihr die beste Gewähr für einen Erfolg sehen, die es in Deutschland überhaupt gibt.

wertet werden, weil eben eine Einstellung der russischen Zahlungen einer Selbstauflösung des Sowjet-Systems und der gepriesenen Ertragsleistungen des Fünfjahresplans gleichkommen würde.

Einzelheiten über die Kleinriedlung

Berlin, 22. Oktober.

Reichsminister Treviranus führte in einem Rundfunkvortrag über das Problem der Erwerbslosenbildung aus, daß beim Ansehen in die städtischen Randbedingungen in erster Linie langfristige Erwerbslose, kinderreiche Erwerbslose und solche bevorzugt werden sollen, die gewisse Erfahrungen in Schrebergärten oder in der Landwirtschaft gesammelt haben. Man denke im allgemeinen an die Zustellung von Landflächen in Größe von einem Viertel- bis zwei Morgen. An Landpachtzins dürfte man von einem Erwerbslosen oder Kurzarbeiter nicht mehr als monatlich 15 RM

erwarten. Die Unterstufungen aus der Krise-, der Wohlfahrtsfürsorge oder der Arbeitslosenversicherung sollen bis Ende nächsten Jahres in aller Höhe vorgelesen werden, um bis zum Beginn zusätzlicher Nahrung aus der eigenen Scholle eine gewisse Einleitungsfrist zu überwinden. Das Reich habe nicht die Absicht, jedem Siedler sofort ein fertiges Haus hinzustellen, sondern es wolle langfristig tilgbare, niedrig verzinsliche Darlehen in Höhe von etwa 1800 bis 2500 RM geben. Für die Beschaffung von Land solle auf keinen Fall bares Geld ausgegeben werden. Man rechne auch mit eigenen Mitteln der Siedler, mit Hilfe durch Verwandte und mit fremden Geldern. Der Besitzer solle grundsätzlich die Kaufanwartschaft nach etwa zweijähriger ordnungsmäßiger Bewirtschaftung erhalten, wobei eine Tilgung vorgegeben werde. Jeder Erwerbslose habe somit die Möglichkeit, für die Zukunft mit dem sicheren Erwerb seiner Stelle zu rechnen.